



# Schwarz-Gelb will deutlich in die Innere Sicherheit investieren

**Dass CDU und FDP mit einem Sitz Vorsprung eine Mehrheit bei der Landtagswahl am 14. Mai erringen konnten, hat fast alle politischen Beobachter überrascht. Selbst die Spitzenpolitiker der künftigen Regierungsparteien hatten im Vorfeld der Wahl nicht damit gerechnet. Trotzdem haben beide Parteien ihre Koalitionsverhandlungen zügig aufgenommen. Bereits am 8. Juni haben sie ihr Regierungsprogramm für die Innere Sicherheit präsentiert, eine Woche später sogar den Koalitionsvertrag. Darin finden sich viele Forderungen wieder, für die die GdP schon lange eintritt. In einzelnen Bereichen vertreten CDU und FDP aber auch Positionen, die von der GdP kritisch gesehen werden.**

Ziel der künftigen Landesregierung ist es, eine neue Balance zwischen Freiheit und Schutz der Bevölkerung herzustellen, betonten die beiden Verhandlungsführer der Parteien für die Innere Sicherheit, CDU-Generalsekretär Bodo Löttgen und FDP-Fraktionsvize Joachim Stamp, Anfang Juni bei der Vorstellung der Eckpunkte für die künftige Innenpolitik. Veränderungen soll es dabei auf drei Feldern geben: bei der Personalstärke der Polizei, bei den Eingriffsrechten für die Beamtinnen und Beamten und bei der persönlichen Ausstattung.

Bei der Personalstärke kündigten CDU und FDP an, dass bis mindestens 2022 in NRW jedes Jahr 2300 Kommissaranwärterinnen und -anwärter eingestellt werden sollen. Das sind 300 mehr als von der bisherigen rot-grünen Landesregierung beschlossen. Allerdings hatte auch die SPD bereits vor der Landtagswahl angekündigt, die Zahl der Kommissaranwärterinnen und -anwärter ebenfalls auf 2300 pro Jahr zu erhöhen. CDU und FDP wollen die höheren Einstellungszahlen bereits in diesem Jahr wirksam werden lassen. Zudem wollen sie 500 Verwaltungsassistenten bei der Polizei einstellen, um so Polizeivollzugsbeamte von reinen Verwaltungsaufgaben zu entlasten. Die 350 Stellen im Tarifbereich, die bereits im vergangenen Jahr noch von Rot-Grün im Rahmen des 15-Punkte-Programms zur Stärkung der Inneren Sicherheit geschaffen worden sind, sollen zudem endfristet werden.

Bei der Personalausstattung greift die künftige Landesregierung Forderungen auf, für die sich die GdP bereits seit langem stark gemacht hat. Allerdings wollen CDU und FDP die Polizei wieder für einen Direkteinstieg von Realschülern öffnen. Wie das in der Praxis

funktionieren kann, blieb bei der Vorstellung der Eckpunkte für die Innere Sicherheit zunächst unklar. Weil die Anforderungen an die Polizei in den vergangenen Jahrzehnten stark gestiegen sind, müssen in NRW Bewerber für den Polizeidienst die Fachhochschulreife mitbringen. Realschüler, die neben ihrem Schulabschluss über keine weitere Qualifikation verfügen, müssten deshalb erst intern weiterqualifiziert werden, bevor sie die eigentliche Ausbildung bei der Polizei beginnen können. Das sieht offenbar auch die künftige Landesregierung so. Nicht von ungefähr erklärten beide Parteien Anfang Juni, dass sie die Zusammensetzung der Polizei aus gehobenen und höherem Dienst beibehalten wollen. Das ist aus Sicht der GdP der entscheidende Punkt, weil sonst die Ausbildung der Polizistinnen und Polizisten in NRW hinter das in den letzten Jahrzehnten erreichte Niveau zurückfallen würde.

Wichtig ist aus Sicht der GdP zudem die von Schwarz-Gelb angekündigte Stärkung der Eingriffsrechte der Polizei. In dieser Frage hat sich die CDU gegenüber dem kleineren Koalitionspartner durchgesetzt. Strittig war zwischen den Parteien vor allem die sogenannte Schleierfahndung. Die CDU hatte sie im Landtagswahlkampf immer wieder gefordert, die FDP sieht sie hingegen kritisch, weil sie ihr Profil als



**Die individuelle Kennzeichnung der Mitglieder der Einsatzhundertschaften mit einem zusätzlichen Buchstaben wird wieder abgeschafft.**

Bürgerrechtspartei schärfen will. Statt von einer Schleierfahndung haben deshalb beide Parteien bei der Vorstellung ihres Konzept für die Innere Sicherheit von der Einführung einer „neuen strategischen Fahndung“ gesprochen. Danach soll die Polizei auch in NRW das Recht zu verdachtsunabhängigen Kontrollen bekommen, diese müssten aber anlassbezogen sein. Der Anlass könnte sich, so Löttgen, aus einem bestimmten Lagebild der Polizei ergeben oder aber aus der Erfahrung der Beamten. Zudem will die künftige Landesregierung die automatische Erfassung von Auto-kennzeichen zu Fahndungszwecken zulassen, ebenfalls aber nur anlassbezogen. Eine Videoüberwachung an öffentlichen Plätzen soll in Zukunft auch aus präventiven Gründen zulässig sein, also nicht nur an bereits bestehenden Kriminalitätsschwerpunkten. Auch dieser Punkt war von der FDP zunächst abgelehnt worden. Für ihren Koalitionsvertrag haben sich CDU und FDP deshalb darauf verständigt, dass Anhaltspunkte dafür vorliegen müssen,



## NRW soll wieder Vorbild sein



Lange Zeit war NRW Vorbild, was die Bekämpfung der Kriminalität, den Ausbau der Verkehrsprävention und die Entwicklung neuer Fortbildungskonzepte betrifft. Diese Vorbildfunktion ist in den letzten Jahren ins

Stocken geraten. Die künftige Landesregierung will das wieder ändern. Die Innere Sicherheit soll wieder zu einem zentralen Handlungsfeld der Politik werden. Polizei und Justiz sollen dazu nicht nur die erforderlichen Personal- und Finanzmittel bekommen, sondern auch die notwendigen Rechte. Die Richtung stimmt also, auch wenn nicht alles, was die künftigen Regierungsparteien jetzt als eigene Idee präsentierten, von ihnen selbst entwickelt worden ist. Denn zur Ehrlichkeit gehört auch: Auch unter Rot-Grün hat es in den vergangenen Jahren eine Hinwendung zur Inneren Sicherheit gegeben. Auch wenn vieles zu spät und zu zögerlich gekommen ist, wie zum Beispiel die Bodycam, und anderes sogar in die völlig falsche Richtung gegangen ist, wie die aus ideologischen Gründen eingeführte Kennzeichnungspflicht oder der ressourcenfressende Blitzmarathon. Aber es war die rot-grüne Landesregierung, die die Zahl der Neueinstellungen in den vergangenen sieben Jahren von 1100 auf 2000 erhöht hat. Und auch bei der Ausstattung war NRW zum Teil weiter als andere Länder, zum Beispiel bei der schnellen Einführung neuer Schutzwesten nach der dramatisch veränderten Terrorlage.

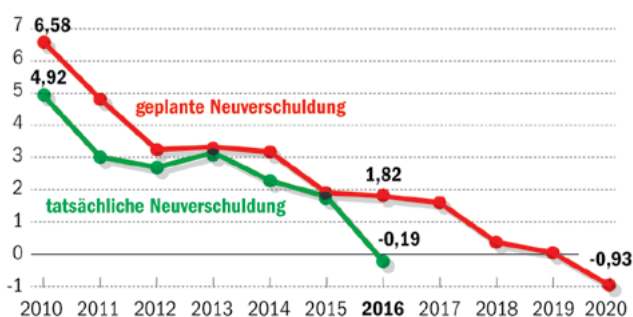
Trotzdem bietet der Regierungswechsel in Düsseldorf die Chance zu einem Neuanfang bei der Inneren Sicherheit. Dass das so ist, liegt auch daran, dass CDU und FDP heute nicht mehr die CDU und die FDP von vor zwölf Jahren sind. Damals, beim Regierungsantritt der letzten schwarz-gelben Landesregierung, hieß ihr Credo noch „Privat vor Staat“, weniger Stellen bei der Polizei und dramatischer Abbau von Mitbestimmungsrechten im öffentlichen Dienst. Das soll sich diesmal nicht wiederholen. Gleich zu Beginn ihrer Koalitionsverhandlungen haben CDU und FDP deshalb öffentlich erklärt, das sie keine Neuaufgabe ihres alten, nach fünf Jahren abgewählten Bündnisses anstreben, sondern eine neue Politik, die das Land wieder nach vorne bringen soll. Auf der Suche nach dem richtigen Weg wird sich die GdP aktiv beteiligen. Dazu bieten wir unsere Unterstützung an. Aber wir werden auch in Zukunft unseren Finger in die Wunde legen, wo das notwendig ist.

**Arnold Plickert,  
Landesvorsitzender**

dass an den überwachten Orten Straftaten von erheblicher Bedeutung vorbereitet oder durchgeführt werden. Zudem muss die Polizei schnell vor Ort sein können. Eine Videoüberwachung macht nur dann Sinn, wenn die Bilder in eine nahe gelegene Wache übertragen werden und dort sofort Interventionskräfte zur Verfügung stehen. Bei der Terrorbekämpfung wollen CDU und FDP zudem die elektronische Fußfessel zur Überwachung von Gefährderten einführen und ein eigenes landesweites Lagebild für gewaltbereite Salafisten. Bei der Ausstattung der Polizei setzt Schwarz-Gelb auf einen flächendeckenden Einsatz der bislang nur in fünf Behörden probeweise getesteten Bodycam. Beim Taser soll es zudem ein Pilotprojekt geben. Außerdem soll die erst im vergangenen Jahr auf Druck der Grünen eingeführte individuelle Kennzeichnung der Einsatzhundertschaften wieder abgeschafft werden. Auch das ist eine Forderung der GdP.

### Solide Finanzbasis geschaffen

Rückgang der Neuverschuldung in NRW (in Mrd. Euro)



Quelle: Finanzministerium NRW; ab 2018: mittelfristige Finanzplanung

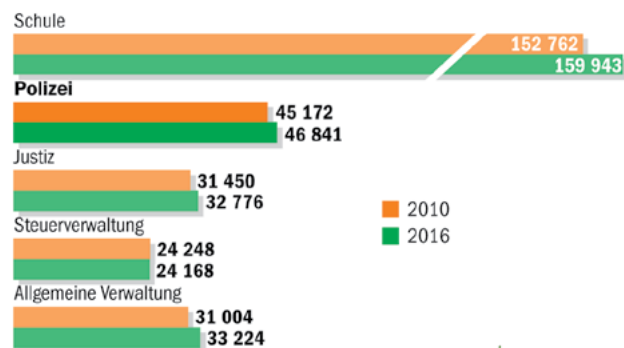


Gewerkschaft der Polizei NRW

**In den sieben Jahren unter Rot-Grün ist die Neuverschuldung in NRW von fast fünf Milliarden Euro pro Jahr auf einen Überschuss von knapp 200 Millionen Euro im vergangenen Jahr gesunken. Nach der neuesten Steuerschätzung kann NRW bis 2020 zudem mit Mehreinnahmen von weiteren drei Milliarden Euro rechnen. Damit hat die neue schwarz-gelbe Landesregierung einen deutlich größeren finanziellen Gestaltungsspielraum, als ihre rot-grüne Vorgängerregierung.**

### Leichter Zuwachs gegenüber 2010

Entwicklung der Stellen bei der Polizei im Vergleich zu den anderen Behörden in NRW



Quelle: Finanzministerium NRW



Gewerkschaft der Polizei NRW

**Am Ende der Amtszeit der rot-grünen Landesregierung gab es bei der Polizei 1669 Stellen mehr als zu Beginn ihrer Amtszeit. Im Vergleich zu allen Behörden sank ihr Stellenanteil allerdings leicht von 15,87 auf 15,77 Prozent.**



## JAV-Wahl: GdP holt 117 von 126 Sitzen

**Gut 5000 Kommissaranwärterinnen und -anwärter, junge Beamte und Tarifbeschäftigte konnten sich in diesem Jahr bei der Wahl zur Jugend- und Auszubildendenvertretung der Polizei in NRW beteiligen – 2104 von ihnen haben die Chance auch genutzt. Die Wahlbeteiligung stieg dadurch auf 42,8 Prozent. Bei der letzten JAV-Wahl 2015 lag sie bei 40,3 Prozent, noch einmal zwei Jahre zurück, 2013, nur bei 34,4 Prozent. Ein Trend der zeigt, dass immer mehr junge Kolleginnen und Kollegen wissen, wie wichtig bereits in der Berufsausbildung eine starke Interessenvertretung bei der Polizei ist.**

Das zeigt sich auch am Wahlergebnis: Von den 126 Sitzen in den zwölf örtlichen JAV-Gremien konnten die Kandidatinnen und Kandidaten der GdP in diesem Jahr 117 gewinnen. In der Hauptjugend- und Auszubildendenvertretung der Polizei auf der Ebene des Innenministeriums (PHJAV) erreichte die GdP sogar alle fünf Sitze, obwohl in diesem Jahr dort erstmals alle beiden kleineren Polizeigewerkschaften mit eigenen Listen angetreten waren.

Gewählt wurde in diesem Jahr nicht nur in den zehn Ausbildungsbehörden für die Kommissaranwärterinnen und -anwärter, den Polizeipräsidien Düsseldorf, Bonn, Köln, Aachen,

Bielefeld, Dortmund, Münster, Hagen, Gelsenkirchen und Duisburg, sondern auch in zwei Polizeibehörden mit mehr als fünf Auszubildenden im Tarifbereich, das Polizeipräsidium Essen und das Landesamt für Zentrale Polizeiliche Dienste (LZPD) in Duisburg.

Die GdP war bei der JAV-Wahl unter dem Motto „Tu es für dich!“ angetreten. Sie wollte damit ein deutliches Zeichen setzen, dass auch bei der Polizei politisches Engagement wichtig ist, um zu fairen Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen zu kommen. „Diese klare Position ist angekommen“, freuen sich die beiden Spitzenkandidaten der GdP, Maximilian Ro-

jahn (25) und Johanna Schlüter (20), über das hervorragende Abschneiden der GdP. „Dass wir das tolle Wahlergebnis der letzten JAV-Wahl vor zwei Jahren in den meisten Orten noch mal toppen konnten, setzt dem Ganzen die Krone auf!“

Zu den Leistungen, die die PHJAV seit Jahren für die Nachwuchspolizisten mit großem Erfolg organisiert, gehört die landesweite Tauschbörse, die den Änwärtern hilft, für die Erstverwendung nach dem Ende ihres Bachelorstudiums eine Behörde in der Nähe ihres Wunschortes zu finden. Ein weiteres Dauerthema der JAV ist die Forderung der Studierenden, dass für sie während der Trainingsphasen wieder Übernachtungsmöglichkeiten auf dem Gelände des LAFP zur Verfügung stehen. Dadurch könnte nicht nur die teure und zeitaufwendige Suche nach privaten Unterkünften vermieden, sondern auch das Gemeinschaftsgefühl während der Ausbildung gestärkt werden. Für beide Forderungen hatten sich die GdP-Kandidaten während des Wahlkampfes für die JAV besonders stark gemacht.

## Deutliche Verbesserungen für die Hundeführer

Gut 300 Diensthunde gibt es in NRW. Bereits 2011 hatte das Innenministerium eine Arbeitsgruppe Diensthundewesen eingerichtet, um Veränderungen in diesem Bereich vorzubereiten. Zu diesem Zeitpunkt gab es Überlegungen, die Zahl der Diensthunde auf 173 zu reduzieren, was aber glücklicherweise abgewendet werden konnte. 2014 gab es einen Folgeauftrag, ein Handbuch über das Diensthundewesen zu erstellen. Die Überlegungen dazu zogen sich bis Mitte 2016 hin. Der dann bekannt gewordene Entwurf dazu hatte bei den betroffenen Kolleginnen und Kollegen und bei der GdP zu massiver Kritik geführt. Mit großem Erfolg: In der Ende Mai zwischen dem Innenministerium und dem Hauptpersonalrat der Polizei (PHPR) vereinbarten endgültigen Fassung wurde die von vielen Kolleginnen und Kollegen geäußerte Kritik an den geplanten Veränderungen beim Diensthundewesen aufgegriffen.

Bis es soweit war, war es allerdings ein langer Weg. Nachdem Mitte vergangenen Jahres erste Informationen über deren Empfehlungen bekannt geworden waren, hatten sich viele Kreisgruppen mit der Bitte um Unterstützung an den Landesbezirk gewandt. Viele Vorgaben für die Hundeausbildung, die bestehenden Mängel bei der Fahrzeugausstattung und nicht zuletzt die geplante Bevorzugung von uniformierten Einzelstreifen wurden von den betroffenen Kolleginnen und Kollegen als nicht hinnehmbar angesehen. Diese Kritik wurde durch den Landesvorsitzenden in einem Brief an den Innenminister zusammengefasst und Veränderungen am Entwurf eingefordert.

Der Vorstoß der GdP ist im Innenministerium konstruktiv aufgenommen worden. In der Folge kam es zur Einsetzung eines Qualitätszirkels, mit dessen Hilfe Erfahrung und Wissen der Diensthundeführerinnen und -führer in den Reformprozess einge-

bracht wurden. Schließlich wurde der Entwurf unter Einbindung des Qualitätszirkels wesentlich verändert: Die Hundeausbildung bleibt unter Beachtung jeglicher Tierchutzregelungen auf die polizeilichen Erfordernisse ausgerichtet. Die Behörden entscheiden nach örtlichen und taktischen Gesichtspunkten, ob eine Doppel- oder Zivilstreife erforderlich ist, wobei der Grundsatz Uniformierung und Einzelstreife erhalten bleibt. Verbesserungen gibt es zudem bei der Fahrzeugausstattung, auch im Bereich der Zivilwagen. Außerdem wird die Stundenanzahl für die dezentrale Fortbildung erhöht und die Trainingskooperationen bleiben bestehen. Positiv ist aus Sicht der GdP zudem, dass die Aufwandsentschädigung und die Pflegekostenzuschüsse erheblich angehoben werden.

Das neue Handbuch für das Diensthundewesen tritt zum 1. Juli in Kraft.





# Erzwungener Laufbahnwechsel bleibt die Ausnahme

**Bereits seit 2012 hat das Innenministerium an der Einführung eines landesweiten Verfahrens zur Feststellung der Polizeidienstfähigkeit gearbeitet. Nach einem ersten Entwurf, des Ministeriums vom Sommer 2015, sollte jeder Polizist, der länger als sechs Wochen nicht voll einsetzbar war, in ein Verfahren zur Feststellung der Polizeidienstunfähigkeit (PDU) gedrängt werden. Tausenden von Polizisten hätte damit ein erzwungener Laufbahnwechsel gedroht – Lebensarbeitszeitverlängerung und Wegfall von freier Heilfürsorge und Polizeizulage inklusive. Erst nach massivem Widerstand der GdP wurde das Projekt vor zwei Jahren neu gestartet. Inzwischen sind die Arbeiten abgeschlossen. Am 28. Juni wurde der neue PDU-Erlass in einer gemeinsamen Informationsveranstaltung für die Personalräte und die Verwaltungsleiter der Behörden vorgestellt. Zum 1. Juli soll sie in Kraft treten.**



Auch wenn in dem neuen Erlass nicht alle Forderungen der GdP zum Schutz der Kolleginnen und Kollegen mit einer gesundheitlichen Beeinträchtigung aufgenommen worden sind, wurde zumindest das Schlimmste verhindert. Dass zeigte sich bereits an den ersten Eckpunkten, die das Innenministerium nach dem Neustart der Diskussion im Frühjahr 2016 benannt hatte:

- Danach bleibt es dabei, dass eingeschränkt verwendungsfähige Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamte volle zwei Jahre für ihre Genesung Zeit haben. Der Versuch, die besonderen Regelungen für die Polizeidienstfähigkeit in Paragraph 115 Landesbeamtengesetz auszuhebeln, ist gescheitert.
- Auch der Ansatz, Betroffene bereits nach sechs Wochen in ein Verfahren zur Überprüfung der Dienstfähigkeit zu zwingen, wird nicht weiter verfolgt. Genauso wie bei einer krankheitsbedingten Ab-

wesenheit, kann ein Verfahren frühestens dann eingeleitet werden, wenn die Einschränkungen länger als drei Monate bestehen.

- Während der erste Entwurf noch vorsah, dass ein Laufbahnwechsel für nicht mehr polizeidienstfähige Kolleginnen und Kollegen bis zum 59. Lebensjahr infrage

kommen sollte, regelt der Erlass jetzt, dass ein Laufbahnwechsel über 50 grundsätzlich nicht mehr infrage kommt.

- Soweit es sich um Verletzungen mit typischen Genesungsverläufen handelt, wird auch dann kein Verfahren eingeleitet, wenn die Genesung länger als drei Monate dauert. Voraussetzung dafür ist lediglich eine entsprechende Empfehlung des örtlich zuständigen Polizeiarztes an die Behörde.
- Wer infolge eines Dienstunfalls vorübergehend eingeschränkt ist, wird nicht ohne Wenn und Aber nach drei Monaten zum Gutachter geschickt, sondern er kann sich zunächst voll auf die Genesung konzentrieren. Sollte nach einem Dienstunfall die Wiederherstellung nicht nach spätestens zwei Jahren gelungen sein, werden die Betroffenen auch dann nicht gegen ihren Willen in den Laufbahnwechsel gezwungen, wenn sie noch unter 50 sind.

Vor allem der letzte Punkt ist für die GdP von entscheidender Bedeutung: Für Kolleginnen und Kollegen, die ihre Polizeidienstfähigkeit aufgrund eines Dienstunfalls verlieren, muss eine Weiterverwendung im Polizeidienst selbstverständlich sein, solange das irgendwie geht.

Ab Herbst vergangenen Jahres hatten dann die Personalräte im Rahmen des formellen Mitbestimmungsverfahrens Gelegenheit, den Erlass, der alle Verfahrensabläufe detailliert regelt, praxistauglich zu machen. Auch hier konnten noch wichtige Punkte geklärt werden. Nachgebessert wurden vor allem die Schnittstelle zum Verfahren zur Wiedereingliederung nach Paragraph 84 SGB IX, das auf keinen Fall unterlaufen werden darf, die Rollenverteilung zwischen Polizeiamtarzt und örtlich zuständigem Polizeiarzt sowie die Regelungen zur ärztlichen Schweigepflicht und zum Datenschutz.

Nochmals gegenüber dem Erlassentwurf gestärkt wurde außerdem der Grundsatz der Weiterverwendung vor Versorgung.

Auch Spekulationen über einen landesweiten Verschiebehof für verwendungseingeschränkte Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamte ist in der Endfassung des Erlasses die Grundlage entzogen. Die Weiterverwendung erfolgt grundsätzlich immer in der eigenen Behörde.

Der Umgang mit verwendungseingeschränkten Kolleginnen und Kollegen erfordert viel Sensibilität. Insbesondere der Einstieg in die Diskussion im Jahr 2012 hat zu einem erheblichen Vertrauensverlust und zur Verunsicherung bei den Beschäftigten geführt. Der Ausspruch von Abteilungsleiter Düren, dass es zusätzliche Einstellungen bei der Polizei nur geben wird, wenn auf der anderen Seite entsprechend viele Verwendungseingeschränkte aussortiert werden, ist bei vielen Beamtinnen und Beamten hängen geblieben und hat die gesamte Diskussion erheblich belastet. Umso wichtiger ist es, dass das Innenministerium sich zumindest ab 2015



auf einen sachorientierten Dialog zunächst mit der GdP und dann mit den Personalräten und der Schwerbehindertenvertretung eingelassen hat.

Mit der Einführungsveranstaltung am 28. Juni hat dieser Prozess seinen Abschluss gefunden. Auf Anregung der GdP fand diese Veranstaltung für Personalräte und Verwaltung der Behörden erstmals gemeinsam statt. Transparenz und

ein gleicher Informationsstand sind gerade bei diesem Thema wichtig.

Das Ergebnis muss sich aus Sicht der GdP trotzdem erst noch in der Praxis bewähren. Und vor allem darf es nicht dabei bleiben, dass der Dienstherr lediglich regelt, was passiert, wenn ein Beschäftigter bereits krank geworden ist. Der Fokus muss sich stattdessen auf eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen und

auf ein aktives Gesundheitsmanagement richten, damit sich bei möglichst wenigen Beschäftigten die Frage stellt, ob sie in ein PDU-Verfahren müssen oder nicht. Bei der ebenfalls gerade erst neu gefassten AZVOPol ist das nur in Ansätzen gelungen. Das reicht aber nicht. Deshalb bleibt die neue Landesregierung bei der Durchsetzung weniger gesundheitsbelastender Arbeitsbedingungen weiter in der Pflicht.

Anzeige

# STAUNEN SIE NACH ALLEN REGELN DER ZIRKUSKUNST.

Vom 12. Juli bis 20. August sind beim „Cirque Nouveau – das Sommerfestival der Autostadt“ die weltbesten Zirkus-Ensembles zu Gast. Tickets zu den wöchentlich wechselnden Shows gibt's unter [autostadt.de/gdp](http://autostadt.de/gdp).

**15%  
Rabatt**  
auf den Eintrittspreis für  
GdP-Mitglieder.



# „Saugute Kollegin“ gesucht

**Retter in der Not. Schutzengel. Fels in der Brandung. Egal wie sie genannt werden: „Saugute Kollegin“ sind nicht nur das Sahnehäubchen der Arbeitswelt, sondern auch der rettende Anker, wenn es mal wieder drüber und drunter geht. Ein Arbeitstag ohne sie? Unvorstellbar! Sollten sie mit Preisen belohnt werden? Aber selbstverständlich! Deshalb sucht die GdP mit eurer Hilfe nach den allerbesten Kollegin.**

Im Büro mag es noch so hektisch zugehen, der Kollege ist die Ruhe selbst und behält den Durchblick. Du hast etwas auf dem Herzen? Die Kollegin hat immer ein offenes Ohr für dich und hält stets gute Ratschläge parat. Der Arbeitstag kann noch so beschi\*\*en sein, wenigstens in der Kantine macht das Küchenpersonal Stimmung und hat immer einen guten Spruch auf den Lippen. Die Dienstgruppenleiterin muss mal ein Dalai Lama gewesen sein, denn sie

behandelt jeden fair und mit Respekt, auch wenn ihre Leute etwas verbockt haben. Privat ist das Chaos ausgebrochen, aber der Kollege entlastet dich und hält dir den Rücken frei. Du fühlst dich von deiner Behörde unfair behandelt? Glücklicherweise hast du einen Personalrat, der hartnäckig für die Rechte aller Mitarbeiter kämpft.

Ihr kennt eine Person oder Gruppe, auf die das zutrifft? Dann schickt uns ein aussagekräftiges Bild und eine kurze Beschreibung! Die Vorschläge werden von einer GdP-Jury, bestehend aus dem Landesvorsitzenden Arnold Plickert, Sandra Anders von der Abteilung Mitgliederbetreuung und der Pressestelle, auf Herz und Nieren geprüft. Alle 14 Tage wird eine neue „Saugute Kollegin“ oder ein „Sauguter Kollege“ prämiert. Als Dankeschön gibt es eine wertvolle Trophäe: Eine stark limitierte Tomichek-Tasse, die nur über diesen Weg „erworben“ werden kann.

## Glücksnummern des Monats

45 5302  
Dieter Niedermaier, Aachen  
45 5245  
Annette Bayer, Dortmund  
45 5240  
Christina Jungnitsch,  
Essen/Mülheim  
45 1544  
Uta Kugland, Siegburg

**Die Gewinner im Juli erhalten eine GdP-Tasche „Turin“.**

Sobald die Gewinner feststehen, stellen wir sie natürlich auf unserer Homepage und auf unseren Social-Media-Kanälen vor. Unter der Rubrik #GdPSocial treten eure „Helden der Arbeit“ in die Galerie der „Sauguten Kollegin“ ein.

Schon eine Idee, wer den Preis verdient hat? Dann ab an den PC und schickt uns eure Vorschläge an:

E-Mail: [socialmedia@gdp-nrw.de](mailto:socialmedia@gdp-nrw.de)  
Oder als persönliche Nachricht an:  
Facebook: [facebook.com/gdpnrw](https://www.facebook.com/gdpnrw)  
Twitter: @gdp\_nrw



DEUTSCHE POLIZEI  
Ausgabe:  
Landesbezirk Nordrhein-Westfalen

**Geschäftsstelle:**  
Gudastraße 5–7, 40625 Düsseldorf  
Postfach 12 05 07, 40605 Düsseldorf  
Telefon (02 11) 2 91 01-0  
Internet: [www.gdp-nrw.de](http://www.gdp-nrw.de)  
E-Mail: [info@gdp-nrw.de](mailto:info@gdp-nrw.de)  
Adress- und Mitgliederverwaltung:  
Zuständig sind die jeweiligen  
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

**Redaktion:**  
Stephan Hegger (V.i.S.d.P.)  
Uschi Barrenberg (Mitarbeiterin)  
Gudastraße 5–7, 40625 Düsseldorf  
Telefon: (02 11) 2 91 01 32  
Telefax: (02 11) 2 91 01 46  
E-Mail: [stephan.hegger@gdp-nrw.de](mailto:stephan.hegger@gdp-nrw.de)

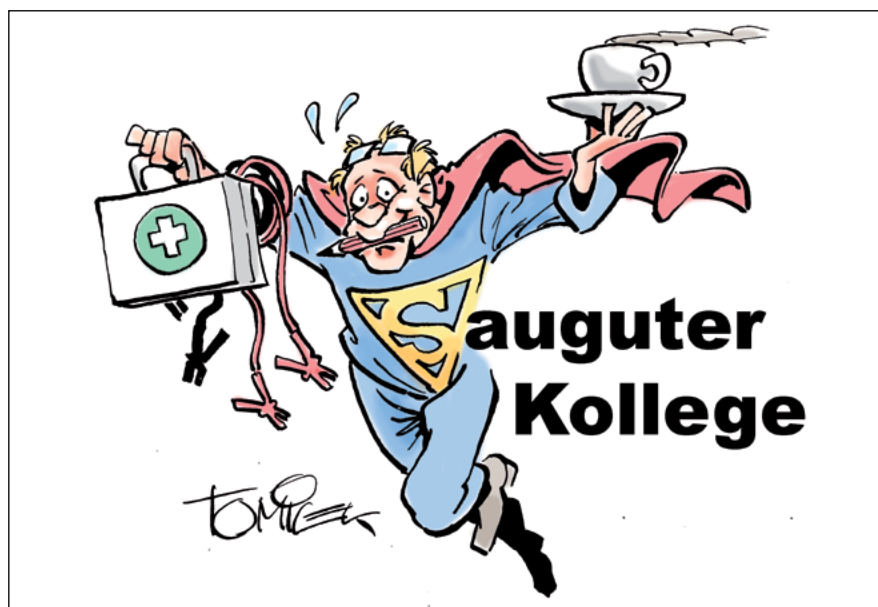
**Verlag und Anzeigenverwaltung:**  
VERLAG DEUTSCHE  
POLIZEILITERATUR GMBH  
Anzeigenverwaltung  
Ein Unternehmen der  
Gewerkschaft der Polizei  
Forststraße 3a, 40721 Hilden  
Telefon (02 11) 71 04-1 83  
Telefax (02 11) 71 04-1 74  
Verantwortlich für den Anzeigenteil:  
Antje Kleuker  
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 39  
vom 1. Januar 2017

**Herstellung:**  
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG  
DruckMedien  
Marktweg 42–50, 47608 Geldern  
Telefon (0 28 31) 3 96-0  
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6462

**Redaktionsschluss der August-Ausgabe  
ist der 3. Juli.**

**GdP-Service GmbH NRW:**  
Gudastraße 9, 40625 Düsseldorf  
Telefon: (02 11) 2 91 01 44/45  
Telefax: (02 11) 2 91 01 15  
Internet: [www.gdp-reiseservice.de](http://www.gdp-reiseservice.de)  
E-Mail: [pinguin@gdp-reiseservice.de](mailto:pinguin@gdp-reiseservice.de)



**Die Tomichek-Karikatur „Sauguter Kollege“ gibt es in einer limitierten Auflage von 100 Exemplaren – aufgedruckt auf eine Kaffeetasse, die keiner kaufen kann, sondern sich nur durch das Lob der eigenen Kolleginnen und Kollegen verdienen kann. Selbstverständlich gibt es auch die Version „Saugute Kollegin“, ebenfalls in einer limitierten Auflage von 100 Exemplaren. Wir warten auf eure Vorschläge, wer die Tasse bekommen soll!**





# Urlaub schon gebucht?

Noch nicht? Dann buchen Sie jetzt  
Ihren Traumurlaub in dem Reisebüro,  
in dem sich Ihre GdP-Mitgliedschaft  
für Sie auszahlt!

Rufen Sie uns an.  
Wir freuen uns auf Sie!



**GdP Reiseservice**  
0211/29101 - 44/-45/-63/-64  
[www.gdp-reiseservice.de](http://www.gdp-reiseservice.de)

[pinguin@gdp-reiseservice.de](mailto:pinguin@gdp-reiseservice.de)  
Gudastraße 9 40625 Düsseldorf

# Die GdP gratuliert

## 90. Geburtstag

2.7. Gerhard Breuer, Bochum  
 2.7. Wolfgang Krisch, Berlin  
 2.7. Inge Schramm, Oberhausen  
 6.7. Heinz Pangritz, Waltrop  
 9.7. Erika Stehl, Linnich  
 17.7. Kaspar Reuter, Köln  
 18.7. Heinrich Krings, Alsdorf  
 29.7. Maria Anna Montag, Bonn

## 91. Geburtstag

4.7. Helmut Bosse, Oerlinghausen  
 13.7. Karl Faber, Marl  
 17.7. Margarete Mellwig, Duisburg  
 22.7. Maria Wilhelmine Monse, Herten  
 26.7. Hildegard Skiba, Bottrop  
 27.7. Heinz Peltzer, Mönchengladbach  
 28.7. Elisabeth Gloth, Bad Lippspringe  
 30.7. Horst Loewke, Langenfeld

## 92. Geburtstag

5.7. Georg Achtelik, Witten  
 7.7. Brunhilde Gerbig, Bochum  
 12.7. Theodor Grünlings, Schwalmthal  
 13.7. Walter Simon, Bochum  
 16.7. Walter Schorn, Wassenberg  
 27.7. Herbert Grebenstein, Essen

## 93. Geburtstag

1.7. Ludwig Reinartz, Stolberg  
 8.7. Gertrud Jaspers, Krefeld  
 14.7. Emmi Wilke, Wermelskirchen  
 19.7. Elfriede Weßel, Rheinberg  
 20.7. Anneliese Link, Mönchengladbach  
 21.7. Hanna Maelzer, Herford  
 25.7. Hildegard Ellinghaus, Alfter

## 94. Geburtstag

5.7. Heinz Kühn, Nettetal  
 8.7. Elisabeth Ahrendt, Duisburg  
 13.7. Irene Kain, Moers  
 19.7. Karl Noch, Moers  
 22.7. Elfriede Lehnen, Essen

## 95. Geburtstag

6.7. Wanda Sowada, Duisburg  
 7.7. Hildegard Schaefer, Wuppertal  
 8.7. Walter Ströse, Dülmen  
 12.7. Anna Kirschey, Düsseldorf  
 12.7. Josef Lewandowski, Dortmund  
 14.7. Walter Dunker, Dortmund  
 21.7. Maditha Schwanke, Bergkamen

## 96. Geburtstag

18.7. Christine Kersjes, Oberhausen  
 21.7. Margarete Bökemeier, Bochum

## 97. Geburtstag

11.7. Ilsa Wüstenbecker, Lemgo

## 101. Geburtstag

19.7. Meta Berger, Essen-Kupferdreh

## GdP aktiv

**9.7.**, Bürger- und Familienfest, Kreisgruppe Neuss, 12:00 –18:00 Uhr, Gelände der Polizei Neuss, Jülicher Landstr. 178, Neuss, Eintritt frei, weitere Infos: [www.polizeifeste.de](http://www.polizeifeste.de)

**16.7.**, GdP-Familiientag im Fort Fun, Bestwig, GdP-Vorteilspreis 18 Euro/Person inkl. BBQ-Paket, Stieleis für Kinder bis 150 cm, Parkralley und Kinderschminken

## Senioren aktuell

### Kreisgruppe Bochum

7. September, Seniorenfahrt, Besuch der Stadt Höxter und des Museums Fürstenberg, Schifffahrt auf der Weser, Treffpunkt 7 Uhr Polizeiwache Herne, Bebelstr. 25, Herne, 7:30 Uhr Bergbaumuseum, Am Bergbaumuseum 28, Bochum, Anmeldung und nähere Informationen: Herbert Weber, Tel. 02 34/30 80 48

**Der Geschäftsführende Landesbezirksvorstand der GdP wünscht allen Jubilaren alles Gute und recht viel Gesundheit.**

## NACHRUFE

Sybilla Bongers	01.01.1938	Aachen	Käthe Houben	30.08.1925	Heinsberg
Rita Jansen	21.04.1957	Aachen	Magdalene Maronde	31.07.1921	Köln
Paul-Gerhard Beckmann	29.02.1928	Bergisches Land	Helmut Zander	11.01.1933	Köln
Walter Figge	04.05.1924	Bergisches Land	Theodor Angenendt	04.06.1934	LKA
Ilse Wörmann	04.12.1920	Bielefeld	Gabriele Behrendt	24.03.1950	LKA
Gertrud Brandt	30.07.1922	Bochum	Günter Pechatschek	16.04.1947	LZPD NRW
Werner Springer	13.12.1939	BZ Brühl	Friedrich Schöler	06.01.1955	Märkischer Kreis
Margarete Schmitz	11.07.1922	Düren	Detlef Axmann	02.08.1959	Mettmann
Gert Kowitz	06.01.1943	Düsseldorf	Hermine Schicks	05.03.1924	Mönchengladbach
Wolfgang Stelzer	20.11.1924	Düsseldorf	Karl-Heinz Rösgen	25.09.1945	Neuss
Willi Heise	29.01.1931	Essen/Mülheim	Friedhelm Klör	27.08.1944	Olpe
Jörg Heyer	18.06.1972	Essen/Mülheim	Johannes Nitsch	23.06.1922	Siegen-Wittgenstein
Claus Hofner	26.07.1933	Essen/Mülheim	Günter Kühn	15.09.1955	Soest
Erich Schettki	02.08.1934	Gelsenkirchen	Heinrich Lürken	25.05.1925	Viersen
Karl Egon Kruse	05.01.1930	Hagen			

